

Behutsame Reformen in Rumänien

Die Kommunistische Partei hat die Zügel fest in der Hand

Als einen „beschämenden Augenblick in der Geschichte der revolutionären Bewegung“ und als „schweren Fehler und eine ernste Gefahr für den Frieden in Europa und für das Schicksal des Sozialismus in der Welt“ bezeichnete Rumäniens Partei- und Staatschef *Nicolae Ceausescu* das Eindringen der Truppen der Sowjetunion, Bulgariens, Polens, Ungarns und der DDR in die Tschechoslowakei¹⁾. Nationalversammlung, Staatsrat und Regierung sowie das Zentralkomitee der Rumänischen Kommunistischen Partei (RKP) mißbilligten scharf die militärische Intervention und forderten den raschen Abzug der Okkupationstruppen. Obwohl selbst Mitglied des Warschauer Paktes, war Rumänien von der Besetzung der CSSR überrascht worden. Von der Sowjetunion als ein unzuverlässiger Bündnispartner betrachtet, war es weder zu den Verhandlungen mit der Führung der CSSR noch zu den Beratungen der übrigen Paktstaaten eingeladen worden. Das Mißfallen Moskaus hatten sich Rumäniens Kommunisten freilich schon lange zuvor zugezogen.

Dabei sind sie — jedenfalls zur Zeit noch — weit von den Vorstellungen der tschechoslowakischen Reformkommunisten entfernt, und auch zu dem gedanklich ähnlichen jugoslawischen Experiment der „sozialistischen Marktwirtschaft“ gibt es in Rumänien keine Parallelen. Insofern geht von Rumänien keine ideologische Ansteckungsgefahr für die anderen sozialistischen Länder aus. Allerdings betreibt die politische Führung Rumäniens eine Politik, die von den Interessen ihres Landes bestimmt wird. Auch dies ist offenbar für die gegenwärtigen Führungsgremien in der Sowjetunion — die Sozialismus mit der Staatsräson der Sowjetunion gleichsetzen — eine Ketzerei.

I

Der Standort Rumäniens in der kommunistischen Reformbewegung

Vorsichtig dosierte Reformmaßnahmen gibt es indessen auch in der Sowjetunion ebenso wie in den anderen kommunistischen Ländern Ost- und Südosteuropas. Solange sie nicht mit den Interessen der Sowjetunion, wie die Kremlführung sie sieht, kollidieren, werden sie auch von ihr akzeptiert. Art und Ausmaß dieser Reform sind von Land zu Land verschieden. Der Standort Rumäniens in dieser Reformbewegung läßt sich folgendermaßen skizzieren:

1) Die rumänischen Kommunisten legen großen Wert darauf, daß auch im Verkehr zwischen den sozialistischen Staaten und den kommunistischen Parteien die Grundsätze der Achtung der *Unabhängigkeit*, der *Gleichberechtigung* und der *Nichteinmischung* in die inneren Angelegenheiten gelten.

„Ausschließliches und unabdingbares Recht einer jeden Partei ist und bleibt es, ihre Innen- und Außenpolitik selbständig festzulegen und die allgemeingültigen Wahrheiten des Marxismus-Leninismus auf die nationalen Besonderheiten und Gegebenheiten schöpferisch anzuwenden, unter Bedachtnahme auf die Grundinteressen des Volkes, auf die allgemeinen Interessen des Sozialismus.“

So hieß es in einem Grundsatzartikel im Zentralorgan der RKP, *Scinteia*, vom 7. August 1968. Als Ergänzung kann dienen, was Ceausescu am 21. August 1968 im Hin-

1) Soweit die Quellen der Zitate nicht im Text angegeben sind, entstammen die Zitate dem von der amtlichen rumänischen Presseagentur „Agerpres“ herausgegebenen Dokumentations- und Nachrichtendienst, und zwar verschiedenen Ausgaben dieses Jahres. Die Zitate in der Berichterstattung über die eingeleitete Wirtschaftsreform sind entweder dem Bericht Nicolae Ceausescus an die Landeskonferenz der RKP vom 6. Dezember 1967 oder dem dort behandelten Entwurf der Direktiven des ZK der RKP zur Vervollkommnung der Leitung und Planung der Volkswirtschaft entnommen.

blick auf die Ereignisse in der CSSR erklärte: „Niemand kann sich das Recht herausnehmen, Ratschläge und Anleitungen darüber zu erteilen, wie der Sozialismus in einem anderen Land aufgebaut werden muß.“ Dies ist eine klare Absage an den Führungsanspruch der sowjetischen KP.

2) In Rumänien hat die Kommunistische Partei unter Nicolae Ceausescu die Zügel fest in der Hand. Es gibt *keine anderen Parteien*, auch nicht Satellitenparteien vom Typ CDU und LDP in der DDR. Die RKP steht fest auf dem Boden des Marxismus-Leninismus. In Industrie, Landwirtschaft und Handel gibt es kein Privateigentum. Presse und Rundfunk werden von der Partei gelenkt; in diesem Rahmen ist ein Bemühen um sachliche Information festzustellen.

3) Eine behutsame *Reform* zur Anpassung des Gesellschafts- und Wirtschaftssystems an Erfordernisse, die sich aus der rasch fortschreitenden Industrialisierung ergeben, ist im Gange. Die Initiative zu diesen Reformen geht von der Parteiführung aus.

4) Mehr *Rechtssicherheit* für die Bürger, strenge Kontrolle der Sicherheitspolizei, Ausweitung der Befugnisse der verfassungsmäßigen staatlichen Körperschaften wie Nationalversammlung und Ministerrat, absolute Respektierung der Gesetze auch durch die Partei, etwas mehr Freiheitsspielraum für die Mitglieder bei der Meinungs- und Willensbildung innerhalb der Partei sind wichtige Elemente der Reform. Erreicht werden soll dadurch eine größere Teilnahme der Bevölkerung an dem von der Partei gelenkten gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß.

5) Erst in diesem Jahr wurde mit Reformen begonnen, die das Planungs- und Lenkungssystem der Volkswirtschaft wirksamer gestalten sollen. Dabei handelt es sich um Maßnahmen, die mit den Vorstellungen der Reformer in der CSSR und in Jugoslawien nicht zu vergleichen sind; sie ähneln mehr den Versuchen in der Sowjetunion und in den anderen kommunistischen Ländern.

II

Politik der nationalen Unabhängigkeit und der Entspannung

Wie Politik der nationalen Unabhängigkeit wurde bereits von dem 1965 verstorbenen Partei- und Staatschef *Gheorgiu-Dej* eingeleitet. Sein Nachfolger Ceausescu gab diesem nationalen Kommunismus jedoch erst das spezifische Gewicht, und es hat den Anschein, als wenn er damit einen starken Rückhalt im Volk findet. Seine Selbständigkeit gegenüber der Sowjetunion erlaubt Rumänien, sich konsequent und glaubwürdig für Entspannung und für einen dauerhaften Frieden, vor allem in Europa, einzusetzen. Diesem Ziel diene auch die von Moskau und Ostberlin stark kritisierte Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Bundesrepublik. In seiner Politik der Unabhängigkeit und der Entspannung stützt sich die rumänische Führung insbesondere auf die — von den Okkupationsmächten in der CSSR mißachtete — *Bukarester Erklärung* des Politischen Konsultativausschusses der Warschauer Paktstaaten vom Juli 1966. Damals bekundeten noch alle Konferenzteilnehmer ihren Willen zu einer Politik, die schrittweise zur Festigung der Sicherheit und des Friedens in Europa führen sollte. Hervorgehoben wurde, daß dazu Bemühungen zur Beseitigung des Mißtrauens und zur Verbesserung der politischen Atmosphäre die Hauptvoraussetzung bilden. Dazu gehört weiter, wie es in der Erklärung heißt, „daß alle Staaten von jeden wie immer gearteten Diskriminierungen und Druckmitteln politischer oder wirtschaftlicher Art anderen Ländern gegenüber Abstand nehmen, auf der Grundlage der Gleichberechtigung zusammenarbeiten und zueinander normale Beziehungen herstellen“. In diesem Sinne fordert Rumänien eine Revision der Tätigkeit des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW, auch COMECON genannt), des östlichen Gegenstücks zur EWG, sowie des Warschauer Paktes. Die militärische Inter-

vention gegenüber der CSSR wird von Rumänien als ein glatter Verstoß gegen das Abkommen über den Warschauer Pakt sowie gegen die Bukarester Erklärung angesehen. Denn der Warschauer Pakt sei ein Instrument zur Verteidigung der sozialistischen Länder gegen eine Aggression von außen und kein Mittel für militärische Aktionen gegen irgendein sozialistisches Land.

III

Mehr Rechtssicherheit und Gesetzlichkeit

Mit einigen wesentlichen innenpolitischen Reformen ist in Rumänien erst im vergangenen Jahr begonnen worden. Der Tod Gheorgiu-Dejs, der das Land mit Härte regiert hatte, gab den Weg hierfür frei. Seitdem wurden die Konsequenzen aus der stalinistischen Epoche, die es auch in Rumänien gab, gezogen. Die Kommunistische Partei ist darum bemüht, eine Wiederholung durch institutionelle Sicherungen zu verhindern.

Dazu gehört insbesondere, daß die *Sicherheitspolizei* im vorigen Jahr in ihrer Macht stark eingeschränkt und der Kontrolle durch Staats- und Parteiorgane unterworfen wurde. Ein neues Strafgesetzbuch wurde von der Nationalversammlung angenommen. Ihm liegen wieder die klassischen Rechtsgrundsätze „nullum crimen sine lege“ und „nulla poena sine lege“ zugrunde. Hier auf wies der rumänische Justizminister *Dimitriu* in einer Kommentierung des Entwurfs besonders hin. Nach seiner Ansicht bietet dies eine „bedeutende Gewähr für die Freiheit der Person und schaltet Analogien aus, die in der Vergangenheit zu Mißbräuden, Gesetzesübertretungen und zu willkürlicher Auslegung der Gesetze führten“. Auch für Ceausescu ist es eine Hauptaufgabe des neuen Strafgesetzbuches, eine Wiederholung der Verbrechen der Stalinzeit zu unterbinden: „In der gesellschaftlichen Tätigkeit müssen wir ein für allemal das eigene Gutdünken und die Willkür ausschalten“, erklärte er vor Parteiaktivisten, und er forderte die unbedingte Achtung der Gesetze durch die Partei- und Staatsorgane.

Die Tätigkeit der *Großen Nationalversammlung* wurde aufgewertet. Bis dahin wurden zu wichtigen Fragen Dekrete erlassen, die erst später von der Nationalversammlung erörtert wurden. An die Stelle dieser fragwürdigen Methode ist ein Gesetzgebungsverfahren getreten, ähnlich dem, wie es im Westen üblich ist — mit Erörterungen des Entwurfs und anschließender Beschlußfassung durch die Nationalversammlung. Die Tagungen der Nationalversammlung sind jetzt öffentlich und von längerer Dauer als bisher.

Für uns handelt es sich bei diesen Maßnahmen um Selbstverständlichkeiten. In kommunistischen Ländern war dies aber lange Zeit nicht so gewesen, und es ist auch zu berücksichtigen, daß in Rumänien demokratische Traditionen fehlen. Jedenfalls wirken die Bemühungen der rumänischen Parteiführung um eine größere Rechtssicherheit auf die Menschen dort befreiend. Es konnte beobachtet werden, wie ein Ende April vom Zentralkomitee der RKP gefaßter Beschluß, einige während der stalinistischen Epoche ermordete Parteiführer zu rehabilitieren, mit großer Erleichterung aufgenommen wurde. Für diese Verbrechen werden der verstorbene Staats- und Parteichef Gheorgiu-Dej und sein Innenminister *Draghici* verantwortlich gemacht. Ceausescu will dem Volk zeigen, daß man „in diesen Verbrechen nicht einen unvermeidlichen Begleiter des Sozialismus sehen“ darf.

Vor dem Bukarester Parteitag erklärte er Ende April außerdem, daß „die Äußerung der eigenen Meinung ein grundlegendes unbedingtes und unveräußerliches Recht eines jeden Parteimitgliedes ist“. Einstimmigkeit, um einen Beschluß zu fassen, sei „nicht unbedingt notwendig“. Freilich haben solche Meinungsäußerungen nach wie vor dort ihre Grenzen, wo sie die Grundlagen des kommunistischen Systems in Frage stellen würden. *Presse und Rundfunk* dürfen unverändert nur die offizielle Meinung äußern und sind fest in der Hand der Partei. Dennoch sind die Veränderungen von erheblicher Bedeutung für das Leben in diesem Land. Sie sind Zeichen für eine Erweiterung des Freiheitsspielraums, innerhalb dessen sich die Menschen bewegen können. Hinzu kommt offenbar auch eine größere Freizügigkeit in der Kulturpolitik und ein entspanntes Ver-

hältnis zu den Kirchen. Es hat den Anschein, als wenn der rumänische Kommunismus gegenwärtig nicht unbeträchtlich von der romanischen Lebensart insbesondere der Stadtbevölkerung beeinflußt wird. Er gibt sich jedenfalls relativ undogmatisch und realistischer als in anderen kommunistischen Ländern.

Im Bereich der *Volkswirtschaft* steht man in Rumänien erst am Beginn von Reformen. Da in diesem Land der Industrialisierungsprozeß erst vor wenigen Jahrzehnten begonnen hat, bestand bis vor kurzem auch kein Zwang zu Wirtschaftsreformen. Solange die Wachstumsraten der rumänischen Volkswirtschaft und insbesondere der Industrie zu den höchsten der Welt zählen, wäre es töricht, die Reformbestrebungen zu überstürzen.

IV

Große Fortschritte in der Industrialisierung

In den Städten und auf dem flachen Land sieht man in Rumänien überall die Zeugen einer sehr beachtlichen Aufbauleistung: Neue Fabriken, neue landwirtschaftliche Produktionsstätten, neue Wohnsiedlungen, und am Schwarzen Meer neue Hotels, die ausländische Touristen, und mit ihnen harte Devisen, ins Land bringen sollen. Seit 1945 hat die Industrialisierung große Fortschritte gemacht. Nach rumänischen Angaben stieg die Industrieproduktion auf das Elf- bis Zwölfwache des Vorkriegsstandes an. Allerdings handelt es sich dabei um Bruttoproduktionswerte, die Doppelzählungen enthalten. Die hiervon bereinigten Werte dürften heute aber immerhin achtmal so groß sein wie 1938. Im gleichen Zeitraum — von 1938 bis heute — stieg das — am ehesten mit westlichen Begriffen vergleichbare — Nationaleinkommen²⁾ auf ungefähr das Fünffache an, in den letzten Jahren im Durchschnitt um 8 vH jährlich.

Der Anteil der Industrie am Nationaleinkommen nahm von 31 vH im Jahre 1938 auf gegenwärtig rund 50 vH zu. Von 1950 bis 1965 flössen 51,4 vH der Investitionsmittel in die Industrie, der gegenwärtig laufende Fünfjahresplan — von 1966 bis 1970 — sieht sogar noch einen etwas höheren Anteil vor. Ein Kennzeichen für die Entwicklung zum Industrieland ist die Tatsache, daß schon jetzt etwa vier Fünftel der Ausfuhr Rumäniens aus Industriegütern besteht.

Typisch für den Industrialisierungsprozeß, zumal unter kommunistischer Führung, ist die starke Bevorzugung der *Schwerindustrie*. Sie erhielt in dem Zeitraum 1950 bis 1965 über 88 vH der Investitionsmittel für die Industrie, im laufenden Fünfjahresplan sind es etwa drei Viertel. Infolgedessen wuchs der Anteil der Erzeugung der Schwerindustrie an der gesamten Industrieproduktion von 45,5 vH im Jahre 1938 auf fast zwei Drittel.

Die Industrialisierung kommt auch darin zum Ausdruck, daß der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten an der Zahl der Erwerbstätigen von 74,1 vH im Jahre 1950 auf 56,5 vH im Jahre 1965 zurückging; bis 1970 soll dieser Anteil weiter auf rund 50 vH sinken. Diese Zahlen sind zugleich Kennziffern für den gegenwärtigen Stand der Industrialisierung (in der Bundesrepublik liegt der Anteil der Beschäftigten in der Landwirtschaft bei gut 10 vH). Absolut stieg die Zahl der Beschäftigten in der Industrie und in der Bauwirtschaft von 988 000 im Jahre 1950 auf 2,28 Millionen im Jahre 1966. Aber auch die Mechanisierung der Landwirtschaft macht gute Fortschritte.

Das Zurückbleiben der *Löhne* hinter der Entwicklung der Arbeitsproduktivität ist ebenfalls typisch: Während die Arbeitsproduktivität in der Industrie von 1960 bis 1966 um 56 vH zunahm, stiegen die Durchschnittslöhne in der Industrie nur um 36 vH. „Die Auffassungen, die dem Konsum den Vorrang einräumen, und die Nichtbeachtung der

2) Am ehesten ist das „Nationaleinkommen“ mit dem bei uns gebräuchlichen „Nettoinlandsprodukt zu Marktpreisen“ vergleichbar. Beide Größen enthalten nicht die Abschreibungen. Im „Nationaleinkommen“ sind jedoch im Unterschied zum „Nettoinlandsprodukt zu Marktpreisen“ bestimmte Dienstleistungen nicht enthalten, so die Dienste der Beamten, die Leistung der Wohnungswirtschaft und die privaten persönlichen Dienstleistungen.

entscheidenden Rolle der Akkumulation in der sozialen Entwicklung laufen" — nach Ansicht Ceausescus — „den Interessen des ununterbrochenen Fortschritts unserer sozialistischen Ordnung zuwider“. In dem Zeitraum 1960 bis 1966 verdoppelten sich die Investitionsmittel bei einem gleichzeitigen Anwachsen des Nationaleinkommens um 66 vH. Mehr als ein Viertel des Nationaleinkommens wurde in den letzten Jahren für Investitionen verwendet.

Der Durchschnittslohn lag 1967 bei 1244 Lei im Monat. In Produktionsbetrieben sind die Löhne höher als im Dienstleistungsbereich. Es ist nicht selten, daß ein Arbeiter mehr verdient, als ein praktischer Arzt (1800 bis 2000 Lei monatlich). Welche Kaufkraft hinter den Löhnen steckt, ist nicht einwandfrei festzustellen, da es hierfür keine statistischen Angaben gibt. Eine grobe Schätzung kommt zu dem Ergebnis, daß der Lebensstandard der breiten Massen in Rumänien bei etwa einem knappen Drittel des Niveaus in der Bundesrepublik liegt.

Zum Vergleich mit den Löhnen einige Preise: 1 kg Brot 2 Lei, 1 kg Butter 30 Lei, 1 kg Fleisch 15 bis 25 Lei, 1 Ei 0,90 Leu, 30 g Schokolade 2,25—2,80 Lei, 1 Flasche Bier 3—4 Lei, 20 Filterzigaretten 5—8 Lei, 1 Paar Damenstrümpfe 17—30 Lei, 1 Popelineoberhemd 87 Lei, 1 Radiogerät 1400—1500 Lei, 1 Fernsehapparat 5100 Lei. Die Miete für 1 qm Wohnfläche beträgt 1,20 bis 1,50 Lei (Küche, Bad, Vorraum sind frei); allerdings soll die Miete noch im Laufe dieses Jahres im Durchschnitt ungefähr verdoppelt werden.

Vergleiche mit der Bundesrepublik sind wenig sinnvoll. Denn wir haben den Industrialisierungsprozeß schon lange hinter uns. Bei dem Entwicklungsstand, den unsere Volkswirtschaft heute hat, kann uns der Kommunismus kaum etwas Attraktives bieten, wie ein Blick in die DDR mit ihrem niedrigeren Lebensstandard, den ständigen Versorgungsmängeln und der stark eingeschränkten persönlichen Freiheit zeigt. Indessen hat die Industrialisierung im vorigen Jahrhundert auch in Deutschland große Opfer gefordert. Kinderarbeit, Zwölf-Stunden-Tag und großes Elend waren Begleiterscheinungen der Industrialisierung bei uns. Die Frage drängt sich auf, ob der Kommunismus nicht in erster Linie ein im ganzen erfolgreiches Instrument zur Industrialisierung weniger entwickelter Volkswirtschaften ist, die nach der geschichtlichen Erfahrung kaum ohne Zwang erfolgen kann. Hätte ein anderes Gesellschaftssystem Rumänien die Industrialisierung im gleichen Tempo *ohne* große soziale Ungerechtigkeiten *und* bei gleichzeitiger starker Hebung des Bildungsniveaus und des Gesundheitsstandes bringen können?

Nicht nur die Investitionen, auch die „Ausgaben für sozial-kulturelle Zwecke“ sind überdurchschnittlich gewachsen, von 1950 bis 1967 auf das 7,5fache bei einem Anstieg des Nationaleinkommens auf das Fünffache. Besonders im *Erziehungs- und Gesundheitswesen* wurde viel geleistet. Vor dem Kriege gab es in Rumänien nur eine vierjährige Schulpflicht, und von zehn Rumänen waren drei oder vier Analphabeten. Heute beträgt die Schulpflicht acht Jahre, und sie wird auf Grund eines im Frühjahr beschlossenen Gesetzes auf zehn Jahre verlängert. Zwölfmal mehr Schüler als 1938 besuchten im Jahre 1965 weiterführende Schulen. Die Zahl der Studenten stieg von 26 500 vor dem Kriege auf 142 000 (1967). Auf 10 000 Einwohner gerechnet sind dies 72 Studenten (in der Bundesrepublik studieren von 10 000 Einwohnern rund 50). Mit Nachdruck wurden Kindersterblichkeit und Infektionskrankheiten bekämpft, so daß sich die durchschnittliche Lebenserwartung der Neugeborenen von 42 Jahre (1932) auf 68 Jahre (1963) erhöhte.

Im *Außenhandel* spielt der Handel mit den nicht-kommunistischen Ländern eine etwas größere Rolle, als dies bei anderen RWG-Staaten der Fall ist. Immerhin machte aber 1966 der Außenhandel mit den kommunistischen Staaten des RWG 54,1 vH des gesamten Außenhandelsvolumens Rumäniens aus; allein der Handel mit der Sowjetunion beanspruchte ein Drittel. Von den nicht-kommunistischen Ländern ist übrigens die Bundesrepublik der größte Handelspartner. 1966 belief sich der Export in die Bundes-

republik auf 74 Mill. Dollar = 6,2 vH des rumänischen Gesamtexports und die Einfuhr aus Westdeutschland auf 148 Mill. Dollar, das waren sogar 12,2 vH des gesamten Imports.

V

Wirtschaftsreformen beginnen

Die Volkswirtschaft Rumäniens hat nunmehr einen Entwicklungsstand erreicht, bei dem die bisher angewendeten Methoden zu ihrer Lenkung nicht mehr den komplizierter gewordenen Anforderungen gerecht werden. In einem ausführlichen Bericht vor der Landeskongress der rumänischen Kommunisten hat Ceausescu Anfang Dezember vorigen Jahres diesen Tatbestand so dargestellt:

„Wenn wir unsere Ergebnisse mit den besten Leistungen im Weltmaßstab vergleichen, stellen wir fest, daß wir gerade bei so grundlegenden ökonomischen Richtzahlen zurückgeblieben sind, wie der Arbeitsproduktivität, dem Materialkonsum, dem Kostenpreis und der Rentabilität ... unsere Betriebe müssen billiger produzieren, Waren besserer Qualität erzeugen und wachsende Reinerträge erzielen ...“

Ceausescus Kritik umfaßte einen ganzen Katalog von Unzulänglichkeiten. Sie sollen durch Reformmaßnahmen auf der Grundlage von Direktiven, die vom Zentralkomitee der Rumänischen Kommunistischen Partei „zur Vervollkommnung der Leitung und Planung der Volkswirtschaft“ aufgestellt worden sind, beseitigt werden. In einer Anzahl von Betrieben wurden bereits einige der neuen Maßnahmen erprobt. Allgemein soll die Reform bis 1970 abgeschlossen sein. Die Reformen betreffen insbesondere die Leitungsstruktur, die Planungsarbeit, das Versorgungs- und Absatzsystem, das Bank- und Kreditwesen und die Preisbildung. Hier können nur die Grundzüge der neuen Maßnahmen dargestellt werden.

VI

Bildung von Industriezentralen

Bis jetzt waren die meisten rumänischen Industriebetriebe unmittelbar den jeweiligen Fachministerien unterstellt und in ihren Entscheidungen sehr eingeschränkt. Dies führte zu einem „exzessiven Zentralismus“, zu bürokratischen Erscheinungen und zu „einer kleinlichen Bevormundung von Seiten der Ministerien“, die sich mit vielen Einzelfragen auch von geringer Bedeutung befaßten. Nunmehr werden eine Anzahl von Betrieben entweder horizontal — bei gleichem Produktionsprogramm — oder vertikal — bei zusammenwirkender mehrstufiger Produktion — zu *Industriezentralen* zusammengefaßt. Soweit es möglich ist, sollen diese — etwa den Konzernen entsprechenden — Zentralen regional gegliedert werden. Sie sind juristische Personen und sollen mit den wichtigsten, auch bei uns üblichen Aufgaben der Unternehmensführung betraut werden. Freilich eingeeignet im Rahmen des verbindlichen Plans. Insofern ist es nur sehr bedingt richtig, wenn die Schaffung von Industriezentralen als Ausbau der „ökonomischen Selbstverwaltung“ angesehen wird.

In den rumänischen Industriebetrieben treten an die Stelle der Ein-Mann-Leitungen durch die Betriebschrektoren nunmehr kollektive Leitungen in Form von *Betriebskomitees*. Sie setzen sich jeweils aus dem Betriebschrektor, der zugleich Vorsitzender ist, den technischen und ökonomischen Direktoren, den Vertretern der Arbeitnehmer und einigen Abteilungsleitern zusammen und sind die voll stimmberechtigten Leitungsorgane der Betriebe. Entsprechend werden in den Industriezentralen Verwaltungsräte gebildet, denen auch außerbetrieblich tätige Wissenschaftler und Fachleute angehören sollen. Das

Direktionskomitee hat die „Generalversammlung der Lohnempfänger“ (in Großbetrieben deren Vertreter) halbjährlich über die Betriebstätigkeit und am Jahresende über die Bilanz sowie Höhe und Verteilung des Reingewinns zu informieren.

Bei der Arbeit der *Planungsorgane* wurde bisher „die Einwirkung der ökonomischen Gesetze . . . nicht in genügendem Maße in Betracht gezogen“, und „es gab Mängel bei . . . der gründlichen Erforschung der Bedürfnisse und Möglichkeiten der Wirtschaft“, heißt es in den Parteidirektiven. Um dies künftig zu vermeiden, soll die Planungsarbeit verfeinert und davon befreit werden, „Einzelheiten vom Zentrum aus“ zu bestimmen. Neue Kennziffern, wie z. B. der Kapitalkoeffizient (Anlagevermögen dividiert durch das Produktionsergebnis) und die Nettoproduktion sollen eingeführt, das Informationswesen verbessert werden.

VII

Übermäßiger Zentralismus soll beseitigt werden

Eine der größten Unzulänglichkeiten des gegenwärtigen *Versorgungssystems* ist der übermäßige Zentralismus bei der Zuteilung von Roh- und Hilfsstoffen . . .“, stellt das Zentralkomitee in seinen Direktiven kritisch fest. Dieser Mangel soll durch eine Dezentralisierung beseitigt werden. Nicht anders ist es im *Einzelhandel*. Hierzu Ceausescu: „Es muß jedoch gesagt werden, daß in unserem Handelswesen in bezug auf die Befriedigung der Anforderungen der Verbraucher noch ernste Mißstände fortbestehen, daß die Handelseinheiten noch nicht genügend differenziert sind und daß die Handelskultur noch zu wünschen übrig läßt“, und er spricht sich „für den Ausbau der Direktverbindungen zwischen Produzenten und Konsumenten“ aus.

Abgebaut werden soll auch die „übermäßige Zentralisierung der finanziellen Beziehungen zwischen Betrieben und Staat“. Bis jetzt flößen fast sämtliche Einkünfte der Betriebe dem Staatshaushalt zu, aus dem die Betriebe wiederum Mittel für die Investitionen und die Finanzierung der laufenden Produktion erhielten. Hier ist ebenfalls eine Dezentralisierung vorgesehen. Nunmehr soll nur noch der Bau neuer Betriebe und deren Ausstattung mit Umlaufmitteln vollständig aus dem Staatshaushalt finanziert werden. Für die meisten übrigen Investitionen, insbesondere für Modernisierungen sowie für den laufenden Bedarf an Mitteln zur Finanzierung der Produktion werden *Bankkredite* gewährt. Diese werden ebenso wie der *Zins* stärker als bisher als Lenkungsmittel eingesetzt; auf der Grundlage der zentral ausgearbeiteten Produktionspläne sollen sie dazu beitragen, daß die vorhandenen Mittel kostensparender, rationeller eingesetzt werden. Ein Teil des Gewinns bleibt künftig der Industriezentrale und ihren Betrieben zur Finanzierung kleinerer, nicht eingeplanter Investitionen, z. B. im sozial-kulturellen Bereich und im Wohnungsbau, überlassen. Aber auch die Gewinnerzielung bleibt abhängig von den Produktionsauflagen und von den staatlich festgesetzten Preisen.

VIII

Preisbildung in der Planwirtschaft

Jahre hindurch wurde die verfehlte Ansicht vertreten, daß der Preis in der sozialistischen Gesellschaft keine ökonomische Funktion mehr erfüllt, sondern daß er von den Staatsorganen . . . unabhängig vom Umfang der gesellschaftlichen Kosten festgelegt werden kann“. Dieser kritischen Äußerung des rumänischen Partei- und Staatschefs ist nichts hinzuzufügen. Die Folge war, daß man bei vielen Waren gar nicht wußte, was sie wirklich wert waren, und infolgedessen auch kein Signal und keinen Maßstab für Kostensenkungen und Rentabilitätsverbesserungen hatte. Nunmehr sollen sich die Preise in jedem

Fall auf die „gesellschaftlichen Produktionskosten“ gründen, die nach marxistischer Lehre den Aufwand an gesellschaftlicher Arbeit widerspiegeln. Beabsichtigt ist es, die Preisbildung beweglicher zu gestalten und auch nach der Warenqualität zu staffeln. Aber es bleibt dabei: „Die Preise und Tarife und vor allem die Einzelhandelspreise für die Haupterzeugnisse und die Hauptdienstleistungen in der Volkswirtschaft werden vom Staat auf zentraler Ebene festgelegt...“ Die Preise sollen zwar den Veränderungen, die im Produktionsprozeß eingetreten sind, angepaßt werden, „ohne dies jedoch zu einem Ergebnis spontaner Kräfte werden zu lassen, die sich aus dem freien Spiel des Marktes ergeben.“

Diese Absage Ceausescus an die Bildung von Marktpreisen läßt den grundlegenden Unterschied zu den Vorstellungen jener Reformkommunisten erkennen, die in Jugoslawien dabei sind, eine „sozialistische Marktwirtschaft“ aufzubauen und die mit diesem Versuch auch in der CSSR begonnen hatten, bevor er von den sowjetischen Kommunisten mit Gewalt unterbunden wurde. Nach dem Willen dieser Reformer soll auch in einer sozialistischen Gesellschaft die Nachfrage auf dem Markt das entscheidende Kriterium der Preisbildung werden. An der Frage der Funktion und der Bestimmungsgründe des Preises scheiden sich im Lager des Kommunismus die Geister. Es ist ein Thema von höchstem politischen Rang.

sten, beinahe einen moskowitzischen Charakter an. Einige der Professoren äußerten Zweifel, ob sie im Herbst überhaupt noch an die Universität zurückkehren könnten. Dabei handelt es sich bei diesen Professoren, wohlverstanden, samt und sonders um Marxisten. Und wenn dieses Jahr *Ernst Bloch* und *Herbert Marcuse*, *Agnes Heller* und *Luden Goldmann*, *Iring Fetscher* und *Jürgen Habermas*, *Norman Birnbaum* und *Eugen Fink*, *Ossip K. Flechtheim* und *Michael Landmann*, *Julius Strinka* und *Günther Nanning*, *T. B. Bottomore* und *John H. Herz*, *Kurt Wolf*) und *Serge Mallet* — um nur diese zu nennen — nach Korcula gekommen sind, dann gewiß nicht nur um des freilich verführerischen Zaubers dieser dalmatischen Insel willen.

II

Havariertes Marxismus also auch hier. Hohe Zeit, ihn ins philosophisch-soziologische Trockendock zu ziehen, um ihn auf seine weitere Seetüchtigkeit zu prüfen und zu versuchen, die erlittenen Schäden zu beheben. Dabei war die Stimmung zunächst alles andere als pessimistisch, vertraten doch Bloch, Marcuse, Goldmann, Mallet die Ansicht, mit den *Studentenunruhen* sei „etwas Neues in die Welt eingebrochen, das es wahrscheinlich in dieser Form noch gar nicht gab: eine Revolte ohne ökonomische Ursache, von Menschen, die sich keine Bevormundung, keine Macht, keine Schurigelung gefallen lassen wollen, von Menschen mit dem Willen zum aufrechten Gang" (Bloch). Für Goldmann hat mit den Frühjahrs-Ereignissen in Frankreich „eine neue historische Epoche begonnen“, da sich von nun an das Problem von Marx — und zwar sowohl im Sozialismus wie im Kapitalismus — als ein Problem der Selbstverwaltung stelle. Für Marcuse markierte der Pariser Aufstand ebenfalls „einen Wendepunkt in der Entwicklung der etablierten Gesellschaft, zumindest derjenigen des entwickelten Kapitalismus“, obgleich er nicht glaubt, daß die Studenten an sich eine revolutionäre Kraft konstituieren. Sie seien jedoch eine Minorität, die artikuliere, was in der großen Mehrheit noch nicht artikuliert sei: Sie eröffneten neue Möglichkeiten des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus, reale Möglichkeiten für den Sozialismus heute. Sie hätten den Sozialismus neu definiert, indem sie Mächte und Faktoren mitberücksichtigt hätten, die bisher vom Marxismus übersehen worden seien. In diesem Sinne sei die Studentenbewegung ein *Katalysator der Revolution*.

Allgemein wurde festgestellt, daß da ein neuer, optimistischerer Marcuse sprach, und obgleich auch skeptische Ansichten über die revolutionären Auswirkungen der Studentenbewegung im allgemeinen und der Ereignisse in Frankreich im besonderen geäußert wurden — von *Habermas* z. B. —, war man gelegentlich doch nahe daran, in eine unverbindliche Revolutionsromantik zu flüchten. Doch dann kam der Donnerschlag von *Prag*, und über das mit Hilfe einer optimistischen Interpretation der Studentenbewegung zu neuem Leben erweckte Prinzip Hoffnung legte sich ein Trauerflor, der es bis zur Unkenntlichkeit enttarnete. Die Stimmung war Konsternation und Wut.

III

Im Grunde aber haben die Prager Ereignisse nur auf brutale Weise bestätigt, wie recht die *Praxis*-Philosophen mit ihrem unentwegten Kampf gegen den Freiheit und Menschenwürde vergewaltigenden kommunistischen Bürokratismus und Etatismus haben. *Stojanovic* meinte in seinem Referat: bis zu einem gewissen Punkt kann man von einem Mißbrauch der Gewalt im Sozialismus sprechen, aber von einem gewissen Punkt an kann man überhaupt nicht mehr von Sozialismus sprechen. Dieser Punkt sei im Stalinismus erreicht worden. Sich auf die sowjetische Intervention in der Tschechoslowakei beziehend

erklärte er, die überwiegende Mehrheit der Marxisten sei Opfer eines falschen Bewußtseins, nämlich des „Etatismus-Mythos“. Der sowjetische Etatismus sei nicht ein Sozialismus im Marxschen Sinne, sondern nur eine neue Art von Klassengesellschaft. Wenn dieser Etatismus versuche, sich einem anderen Lande aufzuoktroieren, sei er imperialistisch und konterrevolutionär. „Mit den Ereignissen in der CSSR ist die letzte sozialistische Maske von diesem System gefallen.“ Das habe aber auch seine theoretischen Konsequenzen. Der Marxismus wiederhole sich viel zu sehr und habe sich fast erschöpft. Das „Kapital“ von Marx genüge nicht mehr. Es sei ein *neuer Marx* nötig, der ein Buch über „Etatismus“ schreiben müßte. Der Hauptwiderspruch sei heute nicht mehr derjenige von Kapitalismus und Sozialismus, sondern derjenige von Etatismus und Sozialismus. Über den Ausgang dieses Kampfes bestimme der Grad der verwirklichten Arbeiter-Selbstverwaltung, sei es im Kapitalismus, sei es im Sozialismus. Und Stojanovics Belgrader Kollege *Ljubo Tardić* ergänzte: der Etatismus sei ein permanenter Belagerungszustand. Damit der Sozialismus nicht zur vulgären Tyrannei entarte, müsse er „die Prinzipien der bürgerlichen Demokratie der revolutionären Epoche respektieren, die bürgerliche Demokratie ohne die Bourgeoisie ...“

Danko Grlić wiederum schwört allen Fernzielen ab, die von der Verantwortung dem „hier und heute“ gegenüber ablenken. Auch das Warten auf ein Reifen der sogenannten objektiven Bedingungen der Revolution könne fatal sein. Das Handeln hier und heute müsse sein Ziel in sich tragen, sich selbst gegenüber verantwortlich sein. *Iring Fetscher* unterstützte das insofern als er auf die These von Marx hinwies, daß das revolutionäre Subjekt erst in der Revolution zu sich gelangen könne und die Revolutionäre selbst verändert werden müßten. Auch das war gegen die Erstarrung im Etatismus gerichtet, für die Fetscher *Kautsky* und *Lenin* verantwortlich machte.

Dank einer herben Kritik *Marcuses* am Gedanken der *Arbeiter-Selbstverwaltung* entspann sich dann eine Debatte über die Frage, inwieweit dieser Gedanke tatsächlich geeignet sei, den havarierten Marxismus wieder seetüchtig zu machen. Für Marcuse, der seinem revolutionären Maximalismus nicht abschwören kann, ist die Selbstverwaltung nur eine besondere Form der Verwaltung, bedeutet aber noch keine qualitative Differenz zum Kapitalismus. Entscheidend sei nicht nur, wie ein Unternehmen verwaltet, sondern was darin produziert werde. Nur wenn die Produktion selbst durch neue Werte geleitet werde, könne man von einer qualitativen Differenz zum Kapitalismus mit seiner auf die Erhaltung einer repressiven, idiotischen, hypokritischen, brutalen, verschwenderischen Konsumgesellschaft ausgerichteten Produktion sprechen. Die Selbstverwaltung sei kein Weg zur Revolution, sondern dürfe nur nach der Revolution eingeführt werden. Hier entwickelte Marcuse seinen Gedanken von der Revolution vor der Revolution: vor der sozialen Revolution müsse eine Revolution im Menschen stattfinden, ein „radikaler, totaler Wandel aller Aspekte des Menschen“. Das sei eine Frage der Erziehung, damit könne man schon heute beginnen. Da die existierenden Arbeiterparteien konterrevolutionär oder konservativ-sozialdemokratisch seien, falle diese Aufgabe heute nichtintegrierten Gruppen wie den Studenten zu. Hier sieht Marcuse seine Utopie vom total neuen Menschen Gestalt gewinnen, jenem „neuen Menschen, der gebrochen hat mit dem ganzen Universum der Klassengesellschaft, der eine eigene Sprache, Kunst und Wissenschaft ausarbeitet, die einer wahrhaft freien Gesellschaft entsprechen ...“

Die Jugoslawen führten die Diskussion wieder auf den Boden der Wirklichkeit zurück. *Gajo Petrovic* hielt Marcuse entgegen, er unterschätze die Möglichkeiten der Selbstverwaltung. Auch in der kapitalistischen Gesellschaft sei die Selbstverwaltung nicht etwas reaktionäres, sondern sie könne eine revolutionäre Rolle spielen. Auch für *Mihajlo Markovic* ist die Selbstverwaltung „von Anfang an eine bewußte Anstrengung, eine Gesellschaft assoziierter Produzenten zu bilden.“ *Vojin Milić* wies auf Marx' Schrift über die Pariser Kommune hin, in der Marx eine Art Modell der Selbstverwaltung ent-

worfen habe. Während also Marcuse immer noch von einer totalen Revolution sowohl des Menschen wie der Verhältnisse träumt, ist für die Jugoslawen die schrittweise Einführung der gesellschaftlichen Selbstverwaltung das Mittel, das zu verwirklichen, was sie unter Sozialismus verstehen.

Eine weitere Kontroverse entfachte Marcuse mit seiner — wesentlich gegen *Erich Fromm* gerichteten — Polemik gegen den *sozialistischen Humanismus*. Für Marcuse ist das eine bürgerliche Ideologie, die zu einem Verharren in der Klassengesellschaft führe und nach Repression schmecke. Genau wie der Pazifismus und die Idee der gewaltlosen Aktion verlange der Humanismus von den Menschen, gut zu sein, während die anderen böse blieben. Mit Humanismus lasse sich das Universum der Gewalt nicht bekämpfen.

Ernst Bloch hielt Marcuses „harten Worten gegen die Kategorie Humanismus“ entgegen, der Humanismus habe eine große revolutionäre Vergangenheit und besitze auch heute noch Sprengkraft. Marx habe doch das Individuum befreien wollen, und es gebe das Geheimnis, das im Worte „Mensch“ stecke, ein unentdecktes Land, den „homo absconditus“. All das stecke im Humanismus drin. Auch die Jugoslawen, die sich ja mit Hilfe einer humanistischen, personalistischen Konzeption des Marxismus vom Stalinismus abgesetzt haben, wandten sich gegen Marcuses Identifizierung von Humanismus und bourgeoiser Ideologie. Für Markovic gibt es keine Revolutionstheorie und -praxis ohne den Leitgedanken eines sozialistischen Humanismus. Schließlich schwächte Marcuse seine Kritik etwas ab: wenn der Humanismus als Waffe gegen repressive Formen des Sozialismus dienen könne, dann sei er eine progressive Kraft.

IV

Aber was hatte das alles mit dem Hauptthema, der *Marx'schen Revolutionstheorie*, zu tun? Ist diese heute überhaupt noch geeignet, einen Weg in die Zukunft zu weisen oder nicht? Bloch setzte vorsichtig einige Fragezeichen, um sich dann aber utopisch damit zu trösten, es könne nicht der mindeste Zweifel daran bestehen, daß die Zukunft dem Marxismus gehöre. Das war vor „Prag“. Nach „Prag“ blieb Bloch stumm. Der amerikanische Soziologe *Heinz Lubasz* führte dann die Diskussion über Marx von der Utopie zur Wissenschaft zurück. Der Marx'sche Begriff des revolutionären Proletariats sei spekulativ, Marx' Voraussagen hätten sich nicht verwirklicht. Man brauche heute eine weit komplexere Theorie, um etwas in der politischen Praxis erreichen zu können. Auch Markovic meinte, Marx' Revolutionstheorie sei empirisch nicht korrekt gewesen, sie könne aber dennoch geeignet sein für praktische Aktionen. *Flechtheim* warf die Frage auf, ob die Rolle der Arbeiterklasse heute nicht eine grundsätzlich andere sei als zur Zeit von Marx. Bald werde es weniger Arbeiter geben als Angestellte. Höchst unwahrscheinlich, daß eine solche Arbeiterschaft noch ein revolutionäres Potential sein könnte. Flechtheim sieht eher eine Parallele zur Entwicklung der Bauernschaft, die konservativ und reaktionär geworden sei. So gewinnt die Idee einer gewaltlosen Revolution immer mehr an Bedeutung.

Jürgen Habermas unternahm es dann, in einer differenzierten und überzeugenden Analyse der spätkapitalistischen Gesellschaft nachzuweisen, „warum hier die klassischen Revolutionsbedingungen nicht mehr gegeben sind.“ Entscheidend ist die wachsende *Entpolitisierung der Massen*, denn ein politisch organisierbarer Klassenkampf ist erst möglich, wenn die Ausbeutung subjektiv bewußt wird. Statt dessen entsteht ein technokratisches Bewußtsein. Wissenschaft und Technik werden zur ersten Produktionskraft, womit die Bedingungen der Marx'schen Arbeitswerttheorie entfallen. Das Mißverhältnis von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen ist nicht mehr relevant. Gleichzeitig werden die ökonomischen Interessen der Konsumenten erfüllt, was diese mit Loyalität dem herrschenden System gegenüber beantworten. Ein struktureller Konflikt könnte erst

mit einer Repolitisierung der Massen entstehen. Fand diese in Frankreich wirklich statt? Habermas zweifelt daran. Das einzige Protestpotential, das er sieht, sind die Studenten und Schüler. Aber dieses Potential ist schwach. Wohl nur ein allgemeiner Überdruß am Wohlstand wäre die Voraussetzung dafür, daß der Jugendprotest ein Echo in der Masse der Lohnarbeiter fände. Allerdings: die für die 70er- und 80er-Jahre erwartete Hungerkatastrophe könnte solche Ausmaße annehmen, daß dadurch international eine neue Klassenkampfssituation provoziert werden könnte.

Die zehntägigen Diskussionen auf Korcula könnten unter das Motto gestellt werden: „Auf der Suche nach dem verlorenen Subjekt der Revolution.“ Man hat es nicht gefunden. Man verharrte in einem ambivalenten Schwebezustand zwischen Utopie und Wirklichkeit. Während der etablierte Marxismus sich mit „Prag“ als reaktionär, konterrevolutionär und imperialistisch enthüllt, erweist sich der Marxismus als Theorie immer weniger geeignet, eine Alternative zur spätkapitalistischen Gesellschaft zu formulieren, einen Weg in eine humanere Zukunft zu weisen. Man klammert sich an unverbindliche Utopien vom Reich der Freiheit und vom neuen Menschen, und wer versucht, die Träume von einem fernen Reich der Vollkommenheit auf das hier und heute konkret Mögliche zu reduzieren, wird entweder überhaupt nicht verstanden oder als Konservativer abgeschrieben. So stieß etwa ein Vorschlag, das Wort „Revolution“ aus unserem politischen Vokabularium zu streichen und durch das der heutigen Situation in Ost und West viel eher angepaßte Wort „radikale Demokratisierung“ zu ersetzen, auf taube Ohren. Marcuse hatte sein Hauptreferat unter das Motto gestellt, das im Mai in der Sorbonne zu lesen war: „*Soyons réalistes, demandons l'impossible*“. Es bleibt abzuwarten, ob das tatsächlich die geeignete Methode ist, den havarierten Marxismus in seinem Trockendock wieder seetüchtig zu machen.

Dabei soll nicht übersehen werden, daß nach der brutalen Zerstampfung des tschechischen Experiments durch das konterrevolutionäre Bürokratenregime in Moskau Jugoslawien mit seinem Selbstverwaltungsexperiment wiederum der einzige Ort in der Welt ist, wo versucht wird, Sozialismus, Freiheit und Demokratie miteinander in Einklang zu bringen. Hoffentlich haben die Ereignisse in der Tschechoslowakei, die in Jugoslawien einhellige Empörung provozierten, zumindest die eine positive Wirkung, dazu beizutragen, daß der Graben zwischen der Partei und der Gruppe der *Praxis*-Professoren wieder überbrückt wird. Man wird an der Entwicklung dieser Beziehungen ablesen können, inwieweit die jugoslawische Partei gewillt ist, nicht nur im Sinne nationaler Selbstbehauptung, sondern auch ideologisch ihre Lehren aus den jüngsten Ereignissen zu ziehen. Wenn der Sozialismus — als Idee einer demokratischen Gesellschaft ohne Ausbeutung, Knechtung, Entwürdigung des Menschen durch den Menschen — überhaupt noch eine Zukunft haben soll, dann braucht er eine neue Theorie. Niemand wäre wohl fähiger dazu, sie auszuarbeiten, als die jugoslawischen Philosophen und Soziologen **der Praxis-Gruppe**.

Helft unseren Nachbarn!

Im Gefolge der Invasion in der CSSR leiden viele Menschen auch wirtschaftliche Not. Wir rufen alle Menschen in der Bundesrepublik Deutschland auf: Helft unseren in Not geratenen Nachbarn!

Ludwig Rosenberg

Spenden erbeten auf das Sonderkonto Nr. 9000 bei der Bank für Gemeinwirtschaft, Niederlassung Frankfurt/M., oder auf das Postscheckkonto Nr. 8953 der Bank für Gemeinwirtschaft, Postscheckamt Frankfurt/M.